**TOP 3: Präventionsagentur gegen Rechtsextremismus - Bericht 2015
über die Arbeit der Präventionsagentur und Bilanz 2015 der
Maßnahmen der Landesregierung gegen Rechtsextremismus
- Ministerium des Innern und für Sport -**

Beschluss:

1. Der Ministerrat nimmt den „Bericht 2015 der Präventionsagentur gegen Rechtsextremismus“ und die „Bilanz 2015 der Maßnahmen der Landesregierung gegen Rechtsextremismus“ zur Kenntnis.
2. Die Arbeit der Präventionsagentur gegen Rechtsextremismus wird auf der Grundlage des vorgelegten Berichts fortgeführt und weiterentwickelt.
3. Das Aussteigerprogramm „(R)AUSwege aus dem Extremismus“ und die angeschlossenen Programme werden im Jahr 2016 weitergeführt.

Erläuterungen:

Das Ministerium des Innern und für Sport berichtet über die Aktivitäten der Präventionsagentur gegen Rechtsextremismus und legt die Bilanz 2015 der Maßnahmen der Landesregierung gegen Rechtsextremismus vor. Die beiden Berichte, die dem Ministerrat zur Kenntnisnahme vorliegen, geben einen Überblick über die Tätigkeit der beim rheinland-pfälzischen Verfassungsschutz durch Ministerratsbeschluss vom 10. Juni 2008 eingerichtete Präventionsagentur gegen Rechtsextremismus sowie der insgesamt von der Landesregierung initiierten Maßnahmen gegen Rechtsextremismus.

Die Präventionsagentur hat primär folgende Aufgaben:

- Fortführung der interministeriellen Zusammenarbeit und der Zusammenarbeit mit Behörden und Einrichtungen (u.a. Landesamt für Soziales, Jugend und Versorgung, Landeszentrale für politische Bildung) in Fragen der Rechtsextremismusprävention,
- Intensivierung der Zusammenarbeit mit den kommunalen Gebietskörperschaften und der Beratungstätigkeit in den Kommunen,
- kontinuierlicher Ausbau des Intranetportals für die Landesverwaltung und die kommunalen Gebietskörperschaften,
- Ausbau des Informationsangebots zum Themenbereich Rechtsextremismus,
- Intensivierung der Aufklärungsarbeit für Jugendliche,
- Fortentwicklung bewährter Präventionsmaßnahmen und Umsetzung neuer Projekte.

Die Präventionsagentur hat auch im Jahr 2015 zahlreiche Maßnahmen durchgeführt und Projekte initiiert. Über diese Aktivitäten hinaus wurden von der Staatskanzlei und den einzelnen Ministerien weitere Veranstaltungen, Projekte, Fortbildungsveranstaltungen, Wettbewerbe und Förderungen zivilgesellschaftlicher Akteure verantwortet. Ihnen gemeinsam sind die Stärkung gesamtgesellschaftlichen und bürgerschaftlichen Engagements, die Förderung des Demokratiebewusstseins und die Stärkung der Zivilcourage als wesentliche Grundlagen der Bekämpfung des Rechtsextremismus.